

Betreff: Mehr Geld für Bildung und Forschung unabdingbar für Weg aus der Krise

Presseaussendung der ÖLI-UG

Österreichische LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, www.oeli-ug.at, oeli@kreidekreis.net, 0680 2124358, 4643 Dürndorf, Pflasterweg 7.

Die Medizinische Universität Innsbruck wendet sich mit einer Petition an die Bundesregierung.

Die ÖLI-UG und die UGÖD - Unabhängige GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst
- gehören zu den UnterzeichnerInnen dieser Petition und schließen sich den Forderungen der Med-Uni Innsbruck an.

In diesen Zeiten der Finanzkrise ist gerade die Investition in Forschung und Bildung ein zukunftsweisender Weg, denn es geht nicht nur um die Sanierung des Finanzmarktes, sondern es geht darum, neue Wege zu beschreiten, um zukünftig solche Desaster zu verhindern. Diese Krise sollten wir als Chance zum Umdenken wahrnehmen. Es geht nicht darum, die geknickten Beine der Wirtschaft wieder aufzurichten, sondern darum, die Wirtschaft auf neue Beine zu stellen. Dazu bedarf es aber großer Anstrengungen gerade in Sachen Bildung und Forschung und der dafür notwendigen finanziellen Mittel. Daher darf es auf diesen Gebieten keine Budgetkürzungen geben - ganz im Gegenteil: gerade hier muss mehr investiert werden. Nur so kann es eine nachhaltige Entwicklung Österreichs aus der Krise geben.

Reinhart Sellner, UGÖD-Vorsitzender,
Josef Gary Fuchsbauer, ÖLI-UG-Bundeskoordinator

- - - - <http://petition.i-med.ac.at> - - - -

Petition an die Bundesregierung
für die Sicherung der Fördermittel für Forschung und Innovation in Österreich

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Minister!
Die derzeitigen Budgetpläne der Bundesregierung gefährden den Forschungs- und Innovationsstandort Österreich. Die vorgeschlagenen Kürzungen bedrohen massiv die Zukunft der Forschung in unserem Land und werden schwerwiegende Folgewirkungen auf die Innovationskraft und internationale Positionierung Österreichs haben. Die schwerwiegenden Budgetkürzungen des FWF, der Akademie der Wissenschaften, und vieler anderer Forschungsinitiativen treffen Österreich am sensibelsten Bereich. Die Universitäten in Österreich sind schon lange nicht mehr in der Lage die Forschung zu finanzieren. Im Gegensatz zu anderen Ländern verfügt Österreich mit dem FWF praktisch nur über eine relevante Förderquelle. Zusätzliche Milliarden, die wie in Deutschland in Stiftungen noch zur Forschungsförderung zur Verfügung stehen, fehlen in Österreich. Daher wird diese Budgetkürzung Österreichs Forschung auf Jahre hin massiv gefährden und damit auch der Wirtschaft unseres Landes unermesslich schaden. So wichtig die diversen derzeitigen Konjunkturpakete sein mögen, die für die Forschung notwendigen Beträge sind nur ein Bruchteil dieser Kosten und Forschung und Entwicklung sind die wichtigsten Werkzeuge, um unser Land nachhaltig aus der Weltwirtschaftskrise zu befreien und zu stärken.

Wir fordern daher, dass die jetzige Bundesregierung ihre ursprünglichen Zusagen im Interesse Österreichs einlöst und die Förderung der Forschung in unserem Lande sicher stellt.

o.Univ. Prof. Dr. Manfred Dierich (Rektor-Stellvertreter, i-med)

Ao. Univ. Prof.in Dr.in Margarethe Hochleitner (Vizerektorin für Personal, Personalentwicklung und Gleichstellung, i-med)

Univ. Prof. Dr. Lukas A. Huber (Geschäftsführender Direktor, Biozentrum, i-med)

Ao. Univ. Prof. Dr. Michael Joannidis (Vorsitzender des Senats, i-med)